



20. September 2023

Postulat

der Fraktionen SP, SVP, Grüne und AL

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er auf die vorgesehene Erhöhung der Taxen in den Gesundheitszentren für das Alter verzichten kann.

Begründung:

Der Stadtrat hat mit der neuen Taxregelung per 1. Januar 2024 eine deutliche Erhöhung der Gebühren in den Gesundheitszentren für das Alter beschlossen; im Durchschnitt steigen die jährlichen Gebühren um Fr. 6'205.–, für manche Betroffene auch um weiter über Fr. 10'000.–. Eine solche massive Erhöhung trifft die Betroffenen hart; gerade für Personen aus dem unteren und auch dem mittleren Mittelstand ist eine solche finanzielle Mehrbelastung enorm.

Viele Menschen, die heute in den Gesundheitszentren leben, haben jahrzehntelang hart gearbeitet und dadurch zum (auch finanziellen) Erfolg der Stadt Zürich beigetragen. Es ist nicht einzusehen, weshalb diese Menschen im Alter nicht auch am Erfolg unserer Stadt partizipieren dürfen, sondern im Gegenteil mit einer massiven Gebührenerhöhung konfrontiert werden sollten. Die unterzeichnenden Parteien lehnen deshalb die vorgesehene Gebührenerhöhung ab und fordern den Stadtrat auf, auf diese zu verzichten.

Dies heisst natürlich nicht, dass sich die unterzeichnenden Parteien Änderungen grundsätzlich verschliessen. Im Gegenteil begrüssen sie einige Elemente der neuen Taxregelung. Dementsprechend ist es für die Postulantinnen durchaus denkbar, dass die neue Taxregelung – sei es per 1. Januar 2024 durch den Stadtrat, sei es infolge der Umsetzung der parlamentarischen Initiative zur Kompetenzverschiebung durch eine gemeinderätliche Verordnung – grundsätzlich eingeführt, die Tarife aber so festgelegt werden, dass die Einnahmen insgesamt gleich hoch sind wie heute. Dadurch liessen sich gute Elemente der neuen Taxordnung übernehmen, ohne die Bewohnerinnen und Bewohner mit generellen Gebührenerhöhungen zu belasten.

Selbstverständlich kann man mittelfristig auch weitergehende Reformen bei der Finanzierung der Gesundheitszentren prüfen. Die vom Stadtrat angedachte Gebührenerhöhung bringt aber weder Reformen noch enthält sie sonstwie innovative Ansätze; im Gegenteil führt sie einzig und allein zu einer massiv höheren finanziellen Belastung der betroffenen Seniorinnen und Senioren.

Elles Samuel Bäriger

Ch. Kötchmann